DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V. 5/89

D.G.B.: FÜR EIN SOZIALES EUROPA!

Jedermann-Frau- kann aus dem Stegreif die Probleme aufzählen, die in dieser Bundesrepublik auf eine vernünftige Lösung warten. Da ist die Massenarbeitslosigkeit, die die 2 Millionen Grenze seit Jahr und Tag nicht unterschritten hat. Von den Millionen, die vom Sozialamt leben müssen, davon wird selten gesprochen, die werden einfach in die neue Armut eingestuft. Da sind die kranken Krankenkassen, die trotz einschneidenden Kürzungen der Leistungen -stolz Reform genannt- Beitragserhöhungen vornehmen müssen, weil die Kasse immer noch nicht stimmt. Da sind die Rentenversicherungsan-stalten die man auf Kosten der jetzigen und späteren Rentner "sanieren" will. Diese Deform nennt man auch Reform. Da ist die Wohnungsnot und das Drogenproblem, um noch einige ungelöste soziale Probleme zu nennen. Der Rollentausch, den Bundeskanzler Kohl in seiner Regierung jetzt vorgenommen hat, wird diese Probleme auch nicht lösen, denn diese Regierung hat ganz andere Aufgaben, die durch diese Tatsachen erhärtet werden:
Am Vorabend der Regierungsrotation verkündete Helmut Kohl die 4 Prinzipien für den Binnenmarkt. Einen Tag nach der Vorstellung des umgestellten Kabinetts war er in der Schweiz, um diese für den Eintritt in den Binnenmarkt zu gewinnen. Wenn man bedenkt, daß der Binnenmarkt mit 320 Millionen Menschen die größte Handelsmacht der Welt wird, muß man sich fragen, ist es nur allein die intakte Finanz- und Wirtschaftskraft der Schweiz die da lockt? Wohl kaum, denn das die Bundesrepublik in diesem Westeuropa, die stärkste Finanz- und Wirtschaftkraft stellt, ist unumstritten. Die Deutsche Bank und die Konzerne wie Daimler kaufen mit den Reingewinnen und kaufen und kaufen oder kaufen sich in Konzerne eine. Die Tatsache, daß die deutschen Finaz- und Wirtschaftsbosse heute eine noch größere Macht darstellen wie je zuvor, erinnert uns Antifaschisten an die Planung von deren Vätern und Großvätern.
Bereits 1942 propagierte Heinrich Hunke vom Vorstand der Deutschen Bank die europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Zwar ist der Gedanke eines geeinten Europa nicht neu, aber hier wurde geplant, wie es nach dem verlorenen Krieg weiter gehen sollte. Während dem Volke empfohlen wurde, Räder für den Sieg rollen zu lassen, der durch eine Wunderwaffe gewonnen würde, richtete im März 1943 die "Reichsgruppe Industrie" ein "Institut für Industrieforschung" ein, für die Ludwig Erhard (Wirtschaftsminister und Adenauers Nachfolger) eine Denkschrift:" Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolodierung" verfaßte. Das Grundprinzip dieses Papieres war: Verhinderung eines 1918, dem Ziel einer Sozialisierung der Produktionsmittel eine "neue Ordnung, die soziale Marktwirtschaft" entgegen zu setzen . Fast zugleich hatten sich "Arbeitskreise" beim Reichsministerium für Rüstung, der Deutschen Bank und der SS zusammen gefunden. Es waren viele uns heute noch bekannte Namen aus Banken und Industrie, die diese Papier beraten haben. In Absprache mit dem SD und Bormann nahm der Reichsminister Walther Funk zu ausländischen Industiellen ab Herbst 1944 Verbindungen auf, "zur Festigung freundschaftlicher Beziehungen". Gleichartige Kontakte nahmen Vertreter der Reichsgruppe Industrie zu Industriellen in Frankreich, Spanien, Schweden, der Schweiz und in Südamerika auf, um ihnen "den Gedanken der deutschen Leistung in Europa und unsere Zuversicht in die europäische Zukunft" nahezubringen, wie die Reichsgruppe Industrie am 29. August 1944 hervorhob. Diese Gruppe vermerkte auch mit Befriedigung, daß wie Albrecht (Außenwirtschaftler) in der Schweiz erfuhr, "die amerikanische Wirtschaft" besonders daran ineressiert sei, ein Chaos in Europa auf alle Fälle zu vermeiden".
In diesem Sinnne stimmten Ohlendorf (SD) inzwischen Leiter der Wirtschaft in der Regierung Dönitz und ein Vertreter des Obersten Hauptquartiers der (west)alliierten Streitkräfte am 18. Mai 1946 überein und bei dieser Übereinstimmung standen sicher die Bilder Pate die Walther Funk im Januar 1945 den Bank- und Wirtschaftsbossen vorstellte. "Hunger, Not, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise, soziale Zerrütung und bolschewistische Aufruhr wird es geben, .. falls Deutschland als Herzstück aus dem europäischen Wirtschaftskörper heraus gerissen würde. Ohne eine gesunde starke deutsche Wirtschaft, kann es keine gesunde und starke europäische Wirtschaft geben".

Nun schreiben wir 1989 und mit Recht ist die deutsche Arbeiterbewegung skeptisch, zur Konstituierung des Binnenmarktes. Darum ist es als ersten Schritt gut, daß der DGB zum 1. Mai aufruft für ein soziales Europa einzutreten. Mit Recht heißt es im Aufruf: "Es muß jedem klar sein: was wir im eigenen Land nicht erreichen, können wir auch nicht von Europa erwarten. ... Deshalb fordern wir hier eine soziale und gerechte Politik und leisten damit auch einen Beitrag für ein Soziales Europa".
Ein soziales Europa ist auch nicht ohne die Einsetzung der eigenen Kraft für die Erhaltung des Friedens möglich. "Wir müssen unsere Möglichkeiten nutzen... Abrüstunsprozesse einzuleiten und weiter zu führen", heißt es im DGB-Aufruf zum 1. Mai. Und dazu sagt unser O. und A.-Programm: "Antifaschismus ist die positive Vision einer menschlichen Zukunft.

Sie besteht auf em ersten Menschenrecht, in Frieden zu leben, als Vorraussetzung eines besseren, freieren, glücklicheren Leben für alle". Dafür demonstrieren wir nicht nur am 1. Mai.

Willy Hundertmark

Diskussionsforum zu den Thesen der BAF-Redaktion

Entwicklung der Frauenarbeit in der VVN-BdA

Wie auf allen anderen politischen Ebenen, werden auch im Frauenbereich erhöhte Anforderungen an uns gestellt.
Die Frauenbewegung ist eine der großen sozialen demokratischen Massenbewegungen unseres Landes. Sie hat einen großen Beitrag dazu geleistet, das grundsetzlich verankerte Recht auf Gleichberechtigung nicht zur Floskel verkommen zu lassen, sondern um dessen Realisierung zu kämpfen.
Das Aufdecken patriachalischer Strukturen, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Unterdrückungsmechanis-men bis hin zur "Quotierung" sind Leistungen, die gesellschaftlicher Bestandteil geworden sind.
Es wird von uns erwartet, daß wir antifaschistischen Positionen in der Frauenbewegung erkennen und unterstützen.
Dafür ist meines Erachtens notwendig, daß innerhalb der Organisation darüber diskutiert wird, welche Berührungspunkte antifaschistischer Kampf und Kampf um Frauenrechte haben. Was hat die VVN mit der Fraunebewegung zu tun?
Wir jungen Frauen in der VVN müssen uns dazu Positionen erarbeiten, wenn wir als VVN-BdA in der Frauenbewegung ernst genommen werden wollen. Wir dürfen uns nicht auf den Verdiensten unserer Kameradinnen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus ausruhen.
Die Frauenbewegung ist eine antifaschistisch orientierte Bewegung, genauso wie die Frauenbewegung auch unsere Organisation etwas angegehen. Der DVU-Abgeordnete Altermann hat selbst den dringlichsten Beweis geliefert: seine 1. Tat als Abgeordneter in Bürgerschaft war, einen Antrag gegen die "Endlösung im Mutterleib" einzubringen. Bei dem Versuch, die Frauenbewegung zu kriminalisieren, stehen neofaschistische Organisationen und Publikationen in vorderster Front. Wieweit die Erkenntnisse in der VVN-BdA verbreitet und welche Konsequenzen wurden bisher daraus gezogen? Wie beurteilen wir die Memminger Prozesse vom antifaschistischen Standpunkt aus? Damit meine ich nicht, was ich bisher dazu gesagt und getan habe, sondern inwieweit ist diese Erkenntnis Bestandteil kollektiven Wissens und Handelns der Organisation.
Ein weiterer Bereich in dem die VVN gefordert ist, Stellung zu beziehen, ist die Gentechnologie. Und zwar ganz speziell die Eugenik (=Erbgesundheitslehre). Die Gentechnologie eröffnet völlig neue Möglichkeiten der "pränatalen Diagnostik" (vorgeburtliche Diagnostik über Behinderungen) und der Auslese durch "in-vitro-fertilisation" (Befruchtung im Reagenzglas, bei Schäden werden die Zellen wieder vernichtet). Die Fremdwörter benutze ich nicht, um LeserInnen zu ärgern, sie sind feste Begriffe. Hier müssen ethische und moralische Wertdiskussionen geführt werden, damit sich nicht der alte Faschismus im weißen Kittel und fortschrittlichen Gebaren von hinten in unsere Köpfe einschleicht (ja - auch in unsere Köpfe!)
Die Diskussionen darüber wird in der Frauenbewegung unter feministischen Gesichtspunkten seit langem geführt - wo bleiben die antifaschistischen Positionen dazu? Meiner Meinung nach müssen diese Hand in Hand gehen, die einen die anderen ergänzend und unterstützend.
Da nichts geschieht, was wir nicht selber machen, bin ich der Meinung, daß es dringend notwendig ist, die Situation der Frauen in der VVN-BdA zu stärken.
Daß Frauen die Hälfte der Menschheit sind, ist unseren Vorständen nicht anzumerken. Nun geht es mir nicht um eine formale 50% Quotierung. Es geht mir darum, daß diese gesellschaftlich bedeutsamen Themen, die in der Frauenbewegung diskutiert werden und die VVN angehen - auch den Weg in die Organisationen finden und umgekehrt natürlich. Das ist mit einer Frauen-Frau (ich) nicht zu leisten.
Es geht mir nicht darum, noch eine Frauengruppe zu installieren, nein, es geht mir darum, den Frauen in der VVN eine Plattform zu schaffen, die es ermöglicht, stärker als bisher frauenspezifische, antifaschistischen Themen zu diskutieren und in der Organisation wirksam werden zu lassen. Ich schlage vor, daß alle Frauen, die in der VVN-BdA, Landesverband Bremen, organisiert sind, sich am **08.Juni um 19 Uhr im VVN-Büro** treffen, um darüber zu beraten.

Donata Fink

Randbemerkungen

Im BAF- von Mitte März befindet ein Beitrag von John zu den Thesen. Darin geht er aus von der Überlegung, die Gruppenstruktur und ihr Bestehen seien politisch-organisatorisch in einer Sackgasse angelangt, nur 20% der Mitglieder seien aktiv, die meisten arbeiteten sowieso ohne organisatorische Bindung. Im Mittelpunkt zukünftiger Arbeit sollten daher Mitgliederbedürfnisse stehen, die Politikentwicklung sei auf die Landesvorstandsebene zu verlagern.
Mir stellt es sich als schwieriges Unterfangen dar, vom persönlichen Blickwinkel her Entwicklungen zu verallgemeinern. Unter der Gürtellinie liegen Vorhaltungen ,die Ergebnisse von Seppensen seien katastophal. Dort wurde z. B. darauf hingewiesen, daß ohne Kassierung und ohne Ausgabenplanung das ungeheure Ansteigen der Ausgaben des Landesverbandes nicht mehr aufzufangen seien. Geht es vielleicht um die Mehrheitsmeinung, daß eine Struktur der Organisation auf Stadtteilebene unerläßlich ist, um langfristig verantwortliche Arbeit zu leisten? Jedenfalls kann es nicht Sinn einer Neuerung sein, die VVN-BdA zum Krämerladen umzufunktionieren. Die Inhalte und Schwerpunkte der Politik müssen gemeinsam in den gewählten Gremien öffentlich diskutiert werden, unter breitangelegter Einbeziehung der Mitglieder. Wenn hier kritisiert wird, nur 20% der Mitglieder seien aktiv, so möchte ich aus 10jähriger bundesweiter Erfahrung der Diskussion gerade dieses Punktes festhalten, daß dies für die VVN-BdA überdurchschnittlich ist. Das ist beileibe kein Grund zur Selbstzufriedenheit, der Zugang neuer Mitglieder liegt

weit hinter Erwartungen und Wünschen zurück. Dies hat verschiedene Ursachen. Es ist ein Skandal, wenn neuaufgenommene Mitglieder nicht aufgesucht,angesprochen, betreut werden, keine Möglichkeit haben, ein Organisationsleben kennenzulernen. Diese Art von kleine Erfolgen müssen wir uns selbst organisieren.
Mit monatlichen Landesmitgliederversammlungen und Hobbyzirkeln ist da die Ansprechbarkeit sicher geringer als bei Veranstaltungen vor Ort, wo das umgesetzt wird, was besprochen wurde. Ein literarisches Zirkelblatt wird sicher einige Menschen erreichen, der Zugang zur VVN-BdA ist aber aller Erfahrung nach dem lebenden Beispiel der Widerstandskämpfer zu verdanken. Diese Vorbildfunktion ist es, dem die VVN-BdA ihr Ansehen in der Öffentlichkeit verdankt. Dieses Vermächtnis und Erbe ist das Kapital für uns jüngere Antifaschisten. Eine Abtrennung ins Altersghetto, ein Aufgeben der Vermittlung des Anliegens von Widerstand und Neubeginn an jüngere Mitglieder und Bildungsarbeit, eine Vernachlässigung der Arbeit mit dem O- und A- Programm hat die Resignation erst ausgelöst, in der nicht wenige Kameraden sich wähnen.
Eine Aufarbeitung der Schwächen hat an der noch existierenden eigenen Arbeit und Gruppe anzusetzen. Wenn ich meine Kameraden nicht kenne und schätze, kann ich auch keinen langen Atem entwickeln. Eine Verlagerung der Diskussion auf eine andere Ebene wird nicht helfen, diesem Grundproblem zu entfliehen. Wenn wir uns ehrlich fragen, warum wir in die VVN-BdA eingetreten sind, halten wir den Schlüssel für die Lösung unserer Probleme in der Hand.

Raimund

Frust in Bremen Nord ?!

Eine Jahresmitgliederversammlung in Bremen-Nord und meine Konsequenzen daraus!
Jahresmitgliederversammlung. In der schriftlichen Einladung war als einziger Tagesordnungspunkt die Diskussion um den Fortbestand des Kreise genannt. Um die besondere Dringlichkeit dieser Versammlung deutlich zu machen baten wir um telefonische Abmeldung.
Ergebnis: 50 Einladungen
7 Anwesende
4 Entschuldigt
39 Leute, die es nicht einmal nötig hatten anzurufen und Bescheid zu sagen, daß sie nicht kommen.
Für mich stellt sich wieder einmal die Frage: Was zeichnet den Kreis Bremen-Nord eigentlich aus? Ein funktionierender Kreisvorstand mit ausge-



zeichnetem offenen Diskussionsklima. Dieser Kreisvorstand hat sich im lezten Jahr abgestrampelt seinen KameradInnen ein attraktieves Angebot zu machen: 7 Mitgliederversammlungen, davon 4 Bildungsabende, 2 Vorbereitungsabende auf größere Aktionen, 1 M.V. mit Gästen aus Israel. Das war eine tolle Veranstaltung bei der mehr Sympatisanten als KameradInnen den Weg zu uns fanden. Dasselbe kann man auch von unserer Jahresabschlußfeier sagen, die ebenfalls mit viel Mühe vom Kreisvorstand vorbereitet wurde.
Jetzt aber die Jahresmitgliederversammlung. Für mich ein Schlüsselerlebnis. Vielleicht der berühmte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Nicht nur aufgrund der Beteiligung an dieser Versammlung stelle ich fest; als Kreis Bremen-Nord ist diese Gruppe nicht mehr arbeitsfähig. Als Konsequenz folgt für uns daraus, daß wir keine regelmäßigen Mitgliederversammlungen mehr organisieren werden, sondern unsere Kreisvorstandssitzungen auf den angestammten MV-Termin legen. Diese Kreisvorstandssitzungen sind für alle Mitglieder offen.
Naheliegend wäre ebenfalls die Überlegung meine Funktion im Kreisvorstand niederlegen. Das werde ich aber noch reiflicher Überlegung nicht tun. Der Kreisvorstand würde mir fehlen, denn dort finde ich das beste Diskussionsklima was ich mir vorstellen kann. Dort wird gleichberechtigt diskutiert, und ich kann ohne Angst oder Hemmungen auch unfertige Gedankengänge aussprechen, weiterentwickeln oder verwerfen. So ein Diskussionsklima, wie ich es mir besonders auch für den Landesvorstand wünschen würde.
Jetzt ein sehr trauriges Wort zum Landesvorstand. Dort ist für mich keine ehrliche Diskussion möglich. Wie kann ich meine Ideen (die ich trotz allem noch habe) offen diskutieren wenn ich befürchten muß, daß das was ich sage gegen mich verwendet wird? Ein Grund für mich in die VVN einzutreten war das Bedürfnis nach Gespräch und Austausch von Ideen mit Gleichgesinnten, mit Antifaschisten. Vielleicht waren meine Vorstellungen von Antifaschisten falsch? Ich war, und bin eigentlich auch immernoch, davon überzeugt, daß Antifaschisten nicht nur gegen Faschismus, sondern vor allem für Offenheit, für solidarischen, demokratischen Umgang miteinander sind. Und nun muß ich erleben, daß KameradInnen mir unterstellen, ich würde gegen die Interessen der VVN handeln, wenn ich in einzelnen Punkten eine andere Herangehensweise an Probleme habe oder meiner Arbeit einen anderen Schwerpunkt gegeben haben als sie.
Antifaschistin zu sein und als solche zu handeln heißt für mich nicht einmal eine Entscheidung zu treffen, sondern verlangt im Ablauf eines jeden Tages eine Reihe von Entscheidungen dafür oder dagegen. Am Arbeitsplatz, in der Freizeit, im Umgang mit Kollegen, Freunden, Kindern. Sicher entscheide ich mich auch manchmal falsch und das gestehe ich jedem anderen Menschen zu.
Ich habe mich bewußt und freiwillig für die VVN entschieden. Ich mache Antifa-Arbeit, weil ich es für gesellschaftlich notwendig halte. Gerade weil ich es freiwillig mache, möchte ich nicht in vorgegebene Rahmen gezwängt werden, die mir den Spaß an der Arbeit vermiesen. Ich will mir nicht den Zwang auferlegen Bildungsabende u. ä. für Mitglieder zu organisieren, die kein Interesse daran

haben. Ich möchte an den Themen arbeiten, die interessieren und an denen ich Spaß habe. Dafür erwarte ich Unterstützung von der VVN.
Wenn wir die Struktur der VVN ändern wollen, was meines Erachtens dringend notwendig ist, dann müssen wir versuchen in alllen Gruppen, Arbeitskreisen und Vorstandsgremien einen vertrauenvollen kameradschaftlichen Umgangsstil zu entwickeln, der einen weiten Anfahrtsweg nicht zur Ausrede für Horrorvorstellungen von entnervenden Sitzungen werden läßt, bei denen am Ende doch nichts rauskommt.

Ute Krüger

WIEDERGUTMACHUNG IN BREMEN

Nachdem wir im letzten BAF den Brief vom niederländischen Zwangsarbeiter K.L.T. veröffentlicht haben, indem er seiner damaligen Einsatzstelle, dem Bremer Vulkan, um Schadensersatz bittet, veröffentlichen wir jetzt die Stellungnahme dieser Firma zu diesem Brief.

Sehr geehrter Herr T.,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 13.August 1988. Ihre Schilderung der Zeit, die Sie seit Februar 1943 bis zum Kriegsende im November 1945 hier in Bremen-Nord zubringen mußten, geht uns sehr nahe, insbesondere das, was Sie über die Zeit im sogenannten Arbeits- und Erziehungslager in Farge berichtet haben. Erst in letzter Zeit wird auch hier in Bremen-Nord von verschiedener Seite versucht, die damaligen Verhältnisse im einzelnen aufzuarbeiten. Die von Ihnen erwähnte Baustelle des U-Boot-Bunkers "Valentin" spielt dabei eine unrümliche Rolle. Wir können gut verstehen, daß Ihnen die Zeit von damals, in der Sie große Entbehrungen bei schwerer körperlicher Arbeit erleiden mußten, heute noch nachgeht und selbst Ihre Träume belastet.
Für uns ist es schwer, in die Geschehnisse der damaligen Zeit, die inzwischen 45 Jahre zurückliegt, Einblick zu gewinnen. Unterlagen über ... Zeit gibt es so gut wie nicht mehr. Einige Bremer Historiker versuchen allerdings, auch durch Umfragen in der Bevölkerung, die Zeit von damals etwas mehr aufzuhellen.

Wenn Sie trotz der schlimmen Erinnerungen, die Sie an diese Zeit haben, noch einmal einen Besuch nach Bremen-Vegesack/Bremen-Farge unternehmen wollen, sind wir gern bereit, Ihnen auch den Zugang zu unserer Werft zu ermöglichen. Sie werden aber sicher vieles anders vorfinden als es vor 45 Jahren ausgesehen hat.

Verstehen Sie aber bitte, daß wir nach so langer Zeit keine konkreten Tatsachen erkennen können, die für uns eine Schadenersatzverpflich- tung begründen. ihnen ist sicher aus Holland bekannnt, daß die Werften um ihr Überleben kämpfen müssen. Ohne die Förderung aus Steuermitteln würde unsere Werft schon nicht mehr bestehen. Unsere Mitarbeiterzahl mußten wir auf die Hälfte des Bestandes reduzieren, die wir noch Mitte der 70er Jahre aufzuweisen hatten. In diesem Jahr müssen wir noch einige hundert Mitarbeiter, sofern sie das 55. Lebensjahr vollendet haben, in den vorzeitigen Ruhestand schicken. Sie selbst schreiben, daß Sie bis zum 57. Lebensjahr gearbeitet haben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß es uns in der gegenwärtigen Situation nicht möglich ist, Ihnen einen Schadensersatz zu zahlen.

Wenn wir dies nach unserer finanziellen Lage tatsächlich leisten könnten, dürften wir ein solches Angebot nicht nur Ihnen machen, sondern müßten auch den vielen anderen Menschen, die damals mit Ihnen diese Zeit durchgestanden haben, bzw. deren Hinterbliebenen entsprechenden Geldzahlungen zukommen lassen. Wie gesagt - wir sind dazu leider nicht in der Lage.

Mit freundlichem Gruß
Bremer Vulkan AG
Schiffbau und Maschinenfabrik

Auch kleine Beiträge helfen !!
Die BAF-Leserin Hildegard Harland aus Bremen Huchting hat der Redaktion DM 20,-- überreicht mit der Bitte diese an den ehemaligen Zwangsarbeiter K.L.T. in den Niederlanden weiterzuleiten, damit er hiervon (und von möglichen anderen Spenden??) eine Reise nach Bremen finanzieren kann. Nichts destotrotz halten wie es für eine gute Sache, daß sich BAF-LeseInnen verpflichtet fühlen K.L.T. nach Bremen einzuladen. Die BAF-Redaktion ist gerne bereit weitere Spenden einzunehmen und diese unverzüglich nach Holland weiterzuleiten. K.L.T., der in den Niederlanden eine Zeitschrift für sogenannte KZ-Syndrom-Betroffenen ehrenamtlich herausgibt, hat im Gespächen mit dem BAF, die Bereitschaft erklärt gerne nach Bremen zu kommen, aber hierzu, auch aus finanziellen Gründen, nicht regelmäßig in der Lage ist. Wir hoffen, daß der Schritt von Hildegard Harland viele NachfolgerInnen finden wird. Der BAF wird weiterhin hierüber informieren.

Liebe Redaktion,

Ich habe den Brief des Holländers im BAF gelesen. Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie Arbeit Menschen und Gesundheit kaputt machen kann, wie schlimm muß dann erst unter den beschriebenen Bedingungen das Leid eines zu Zwangsarbeit verurteilten sein. Da der Betroffene während des Wartens auf Geld vom Bremer VULKAN nicht jünger und gesünder wird, hoffe ich, daß er bald nach Bremen kommen kann. Ich lege DM 20,-- von meinem Krankengeld (mehr kann ich leider nicht) und hoffe, daß weitere Spenden zusammen kommen und daß der VULKAN positiv reagiert, wie es seine Verpflichtung ist!
Mit freundlichem Gruß und guten Wünschen für den Betroffenen und seine Familie.

Hildegard Harland

EINWEIHUNG

des

LIDICE DENKMALS

von Jürgen Waller

in den Wallanlagen

in Bremen

am Sonntag, dem 7. Mai 1989 um 12 Uhr

Begrüßung:
Dr. Ernst Uhl,
Sprecher der Lidice Initiative

„LIDICE LEBT"
Eine musikalische Komposition
für Orchesterinstrumente, Naturklänge
und Stimmen.
Idee und Konzept: W. A. Torkel und
Jürgen Waller
Komposition: Wilhelm A. Torkel
Realisation: Dirk Zuther

Ansprachen:
der Präsident des Senats der Freien
Hansestadt Bremen,
Bürgermeister Klaus Wedemeier

Dr. Dušan Spáčil,
Botschafter der CSSR

Marie Jarošová
Bürgermeisterin von Lidice

Prof. Rolf Thiele,
Hochschule für Künste, Bremen

Willi Hundertmark,
Lidice Initiative

RENTENERHÖHUNG

Rentenerhöhungen für Gesundheitsschäden als Folge der Haft und anderen Bedingungen im Naziregime können beantragt werden, wenn die erlittenen Schäden im Laufe der Zeit größer geworden sind.

Was ist zu tun?
Der behandelnde Arzt muß bescheinigen, daß die erlittenen Schäden z. B. heute statt 30% über 40% betragen und das die Ursache der Verschlechterung nicht altersbedingt sondern schadensbedingt sind. Mit der Bescheinigung des Arztes ist die Erhöhung der Rente beim Landesamt für Wiedergutmachung, Contrescape 74, 2800 Bremen 1 zu beantragen.

Willy Hundertmark

GEDENKSTÄTTE NEU GESTALTET!!

Am 1. April 1989 hat der antifaschistische Arbeitskreis mit dem Beirat Findorff die neugestaltete Mahn- und Gedenkstätte für die Gegner und Opfer des K.Z. Mißler der Öffentlichkeit wieder übergeben. Als erster Sprecher erinnerte Werner Eisenach vom Beirat Findorff: "Als wir uns vor 6 Jahren auf den Tag genau hier getroffen haben, und die Gedenkstätte zum ersten Mal einweihten, schauten wie heute viele Anwohner und damals viele Patienten des Findorffer Krankenhauses aus dem Fenster und wunderten sich, was denn hier geschah. Denn nur noch wenige der alten Findorffer Bürger wußten, daß hinter dieser Mauer in der Zeit des Nazifaschismus sich hier ein K.Z. befunden hat..... Diese Gedenktafel, die wir hier vor 6 Jahren errichteten, sollte jedem Findorffer eine Mahnung sein, daß sowas in unserem Lande nie wieder geschehen kann. Diese Mahntafel war nun einige Monate hinter einem Bauzaun verschwunden, denn anstelle des Krankenhauses ist ein Wohn- und Pflegeheim errichtet worden. Für uns Findorffer Politiker war von Anfang an klar, ... diese Mahntafel muß an alter Stelle erhalten bleiben. Mit dieser Forderung haben wir bei den Bauherren offene Türen eingestoßen. Sie haben diese Mauer saniert und diesen Vorplatz nach unseren Wünschen gestaltet, dafür herzlichen Dank. Wir wollen heute erneut dieses Mahnmal einweihen, denn, .. diese Gedekstätte soll uns immer daran erinnern, daß weder wir noch unsere Kinder der Herrschaft eines faschistischen Regimes jemals ausgestzt sein wollen. Danke."
Als Vertreter der VVN-BdA sprach Willy Hundertmark:
"Um die Zukunft zu gewinnen erinnert hier diese neugestaltete Gedenkstätte. Am 1. April 1933 wurden hier neben dier Mauer 100 Gegner von Faschismus und Krieg in das erste K.Z. in Bremen getrieben. Diese 100 Männer waren fast alle Kommunisten, später wurden in dieses Lager Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Christen eingeliefert. Das K.Z. Mißler steht am Anfang von einem Netz von K.Z.s, das mit vielen Nebenanlagen über ganz Deutschland ausgebreitet war. Diese K. Z. steht auch für das Netz von Zwangsarbeiter-Kriegsgefangenen- und Vernichtungslagern, die während des letzten Weltkrieges in allen von Faschisten überfallenen Ländern errichtet wurden. Im Laufe des Krieges wurden in Bremen 9 Nebenlager des K.Z. Neuengamme eingerichtet. Nach den von der Gestapo und der SS. 1944 erstellten Listen wurden 196 Zwangsarbeiterlager eingerichtet, davon allein hier in Findorff 16. Eines befand sich hier auf dem ehemaligen Gelände des K.Z.Mißler. Hier stand eine Baracke für 100 Zw angsarbeiter, allerdings wurden im Sommer 1944 nur noch 18 Zwangsarbeiter gezählt.
Hier im K.Z.Mißler wurde aber auch die Solidarität entwickelt, die dann später in allen K.Z.s, in den Zuchthäusern und in den Betrieben sich entfaltete. Diese Solidarität setzte sich z. B. 1945 mit der Gründung der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus hier in Bremen fort, die ein Deutschland aufbauen wollte, das kein Wiederaufbau, sondern ein Neuaufbau sein sollte. Heute 44 Jahre nach dem letzten Weltkrieg, im 50. Jahr des Beginns dieses Krieges und im 40. Jahr des G.G. und der B.R.D., stehen wir vor der Tatsache, daß der Neofaschismus die Bundesrepublik unsicher macht. Erschrocken sind die Demokraten und Antifaschisten von den Wahlergebnissen in Westberlin und Hessen und andererseits aber auch sensibler. Gewerkschaften, SPD, DKP und Grüne treten heute gemeinsam mit der VVN an, um dem Neofaschismus entgegen zu treten."
Der Redner ging dan auf die CDU-Aussprüche zu den Wahlen ein, um abschließend zu erklären:
"...ich rufe alle Bürgerinnen und Bürger auf, gegen diese neue Entwicklung energisch einzutreten: Dem Faschismus keine Chance! Für eine antifaschistische Bundesrepublik unter der Losung : Leben und Lieben, dem Haß keine Chance."
Für die Findorffer Initiative führte Pastor Ossenkop aus:
"Ich spreche hier im Namen und im Auftrage des Findorffer Bündnisses gegen Ausländerfeindlichkeit und Faschismus. Ich hatte vor wenigen Tagen ein Gespräch mit Konfirmanden, also mit 13-14jährigen Jugendlichen und fragte diese: Was meint ihr wieviel Ausländer gibt es in Bremen? Und ein Konfirmand meinte, ja so die Hälfte aller Leute die hier so in Bremen wohnen. Ich sagte, daß kann doch nicht angehen, daß Du das so meinst. Ein anderer sagte,ja- die Hälfte vielleicht nicht, ein Drittel. Ich war darüber sehr erschüttert, über

diese Zahlenvorstellungen der Konfirmanden. Ich habe sie dann gefragt, wieviel seid ihr in eurer Klasse, mit wievielen Ausländern? Der eine sagte, von 19 haben wir einen Ausländer. In der anderen Klasse waren es 5 in einer weiteren gab es überhaupt keinen Ausländer. Ich habe daraufhin mal bei dem statistischen Landesamt angerufen und mir die genauen Zahlen geben lassen. Es sind 7,5% Ausländer - 38000, bei einer Gesamtbevölkerung hier in Bremen von 530-540.000 Einwohnern. Von den 7,5% Ausländern sind die Hälfte Türken. Ich habe mich gefragt, wie kommt es, daß Jugendliche solche gespenstischen Zahlenvorstellungen haben und solch ein Popanz von Ausländern aufbauen. Und solch ein Popanz in ihren Köpfen rumspuckt. Und ich finde, daß hat etwas damit zu tun, daß in den öffentlichen Medien, daß von den Politikern eine Sprache gesprochen wird, die auch nur so pauschal von den Ausländern, den Asylanten, den Aussiedlern redet. Es wird da denke ich, durch die öffentliche Meinung ein Ausländerproblem herbeigeredet. Ein Ausländerproblem, das überhaupt nicht berücksichtigt, daß es einzelne Menschen mit sehr unterschiedlichen Lebensschicksalen, mit Leidenswegen sind, mit denen wir es hier zu tun haben. Und ich finde die Sprache sehr verräterisch, wenn immer nur von den Ausländern geredet wird oder von den Asylanten und eben nicht die einzelnen Menschen gesehen werde, die sich hinter diesem Ausländerproblem verbergen. Ähnlich war es ja auch 1933, da wurde auch gesprochen von dem Bolschewismus, vor dem angeblich das deutsche Vaterland bewahrt worden sei. Oder es wurde gesprochen von dem Weltjudentum, vom jüdischen Kapital, oder von dem Weltfend. Alles pauschale Formulierungen, die den einzelnen Menschen überhaupt nicht mehr im Auge haben. Und ich bitte Sie alle; Euch Alle: Hellhörig zu sein, wenn auch heute so in pauschaler Weise von Menschen geredet wird, die ihre konkreten Lebensschicksale haben, die ihre konkreten Nöte haben, die ihre Gründe haben, aus ihrem Heimatland heraus zu gehen, um hier bei uns zu wohnen und zu arbeiten. Und ich trete dafür ein, daß ausländische Mitbürger bei uns hier die gleichen Lebensrechte und Lebenschancen haben wie alle Anderen. Was konkret heißt, im politischen Bereich, daß sie das Wahlrecht auf kommunaler Ebene bekommen. Was weiterhin für ihr persönliches Leben heißt, daß gewährleistet ist, daß die Kinder, die Jugendlichen der Ausländerfamilien hier ungehindert zuziehen können".

Für die Gestaltung der Mahntafel wurde der Antifaschist Fritz Stein geehrt und mit einem Blumenstrauß bedacht.

Nachdem für den Ortsverein Findorff ein Kranz niedergelegt war, ergriff der SPD Genosse Dieter Mahlert das Wort. Er erinnerte an die Sitzung des Reichstages vom 21. März 1933. Dem Plenum hätte ein Ermächtigungsgesetz zur Entscheidung vorgelegen. Dieses sei von der NSDAP und den bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der SPD-Fraktion angenommen worden. Er zitierte aus der Erklärung des SPD-Vorsitzenden Otto Wels zu der Ablehnung der Ermächtigungsgesetze, das die Nazis das Rechtsbewußtsein des Volkes nicht zerstören könnten, die Sozialdemokraten nicht aufhören würden, an dieses Rechtsbewußtsein zu appelieren, daß die Weimarer Verfassung keine sozialistische gewesen sei, aber die SPD-Genossinnen und Genossen von damals hätten ihre Standfestigkeit büßen müssen, auch im K.Z. Mißler. Daran erinnert uns auch die Tafel mit dem Spruch von Kurt Tucholsky: "Nichts ist schwerer, nichts erfordert mehr Charakter, als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: Nein"... Mögen wir heute den Mut und die Kraft aufbringen, allen menschenfeindlichen Bestrebungen in unserem Lande die Stirn zu bieten und laut und vernehmlich Nein zu sagen."

Inge Simmering legte für die DKP einen Kranz nieder und erklärte: In dieses K.Z. sei auch ihr Onkel, ein Kommunist damals eingeliefert worden und später noch in andere K.Z.s verschleppt worden. Heute müsse man schon wieder mit Bert Brecht sagen, der Schoß sei fruchtbar noch aus dem das kroch. Wenn heute in Westberlin und Hessen die Nazis weitere Sitze in Parlamenten gewonnen hätten, sei das ein Beweis, daß in der Bundesrepublik die Nazivergangenheit nicht bewältigt worden sei. Zu den Wahlen zum europäischen Parlament am 20. Juni gelte es sich gegen die Ausländerfeindlichkeit und den Neofaschismus zu entscheiden und demokratisch zu wählen, Sie forderte zur Teilnahme an der Kundgebung am 20. April auf dem Bremer Marktplatz auf, die eine Demonstration gegen die Zulassung der Neonazipartein wäre, über die am 21. April der Bundeswahlausschuß in Bonn entscheidet.

Mit dem Dank an den Posaunenchor und die Teilnehmer wurde die Feierstunde beendet.

Auszüge von der Bandaufnahme.

Zu der Gedenkkundgebung hatte der Betriebsrat der Fa. Gerdts K.G. eine Ausstellung über den Widerstand gegen Faschismus und Krieg im Foyer des Wohn- und Pflegeheimes erstellt.

Willy Hundertmark

UNSEREN KAMERADINNEN UND KAMERADEN EINEN HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH ZUM GEBURTSTAG !



GEBURTSTAGE IM MAI

Dörchen Meier 02. Mai - 73 Jahre
Meta Werner 05. Mai - 85 Jahre
Margaret Piosek 15. Mai - 63 Jahre
Heinz Pophusen 16. Mai - 79 Jahre
Anna Tschirne 28. Mai - 78 Jahre

TERMINE

Antifa. Mahnwache vor dem Haus der Bürgerschaft
18. Mai 1989
16 - 18 Uhr
Diese Mahnwache gilt als VVN-Beitrag zum 8. Mai und 40 Jahre BRD
nächste Mahnwachen sind am 7. Juni und 5. Juli jeweils von 16 - 18 Uhr

Focke- Museum
Ausstellung vom Leben und Überleben
Über die Nachkriegszeit von '45 bis '48. Der Alltag in einer nicht alltäglichen Stadt (siehe Ankündigungen in der Tagespresse)

B-Haus
Bahnhofsvorplatz
"Frauen in der Geschichte der BRD"
25. Mai 1989, 19.30 Uhr
Referentin: Prof. Annette Kuhn (Bonn)
Organisiert von der VHS, A & L, Bremer Arbeiterveteranen

Gruppe West
8. Mai 1989
Veranstaltung im Stadtteil mit Pastor Hartmut Drewes und sowjetischen Gästen (ehemaliger Zwangsarbeiter)
22. Mai 1989
20 Uhr im VVN-Büro
Mitgliederversammlung zum Thema "faschistische Expansionspolitik"

Deutsch-sowjetische Friedenswoche
. - 31. Mai 1989
Anlässlich des BRD-Besuches von Michael Gorbaschow werden die bundesdeutsche Friedensbewegung und das sowjetische Friedenskomitee diese Friedenswoche durchführen.
Motto: "Das Denken modernisieren - Frieden gemeinsam schaffen"
Zentrales Forum: 25./26. Mai in Bonn

Der Hermann Böse Singekreis singt am:
Donnerstag den 11. Mai
Donnerstag den 01. Juni
Donnerstag den 15. Juni
immer um 19 Uhr im Büro Bürgermeister Deichmann Straße 26

Bremen Nord
Gustav Heinemann Bürgerhaus
3. Mai 1989, 19 Uhr
Rudolf Jakobs zu Gast im Gustav Heinemann Bürgerhaus.
Sein Vater gleichen Namens, war 1943 unter dem Eindruck von Kriegsverbrechen an der italienischen Bevölkerung von der Wehrmacht zu den Partisanen desertiert. Über ihn wird auch ein Film gezeigt.

Antifa. Stadtrundfahrt in Bremen-Nord
6. Mai, 10 Uhr ab Bürgerhaus mit Ausschilderungsaktion
Anmeldung im Bürgerhaus Gustav Heinemann Tel. 650805

Gustav Heinemann Bürgerhaus
10. Mai 1989, 20 Uhr VVN-BdA
Offene Kreisvorstandssitzung

Gustav Heinemann Bürgerhaus
17. Mai 1989, 19.30Uhr Streitgespräch
"Dem unbekannten Deserteur"
-Bernd Neumann, CDU MdB
-Rolf Meyer-Papst, Bürgerhaus
-Ludwig Baumann, Naziverfolgter
-Vertreter der Gruppe "Reservisten verweigern sich"
- Vertreter der Bundeswehr

Bremen Nord
"Nicht irgendwo, hier bei uns"
Walter Casper Töppens, ein ehrbarer Kaufmann aus Vegesack
Eine Dokumentation zur "Arisierung".
Noch bis zum 10. Mai im Bürgerhaus Gustav Heinemann zu sehen.

Antifa. Sommerschule der VVN/BdA
vom 22.07. bis 5.08.1989 findet wiederum eine antifa. Sommerschule der VVN in Lage-Hörste statt. Die TeilnehmerInnen sind untergebracht in der I.G. Medien Bildungsstätte "Heinrich Hansen"
Wer mal zusammen mit alten und jungen VVN-Mitgliedern aus dem ganzen Land seinen (bildungsmäßigen) Urlaub verbringen möchte, sollte sich im Büro nach den Modalitäten erkundigen.

WENN ES UMS GELD GEHT

DANN KANN DAS JEDEN DONNERSTAG von 15 bis 18 Uhr im Büro geregelt werden. Die Kameradin Tilla hat alle Beitragsmarken von 3,- bis 25,- DM natürlich auch alle Sondermarken. Und der Landeskassierer ist immer am letzten Donnerstag ebenfalls im Landesbüro

Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aubau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.
(Aus dem Schwur von Buchenwald, 19. April 1945)

Wo die Toten
nicht mehr leben
in unserer Erinnerung
und ihr Vermächtnis
unerfüllt bleibt
sterben die Träume
vom besseren Leben
- sind die Lebenden verdorben.

Irmgard (1989)

9. Mai 1989, 20.00 Uhr

Evangelisches Gemeindezentrum Bremen-Oslebshausen, Ritterhuder Heerstr. 3

"Auf daß wir jetzt in Frieden leben"

Eine Veranstaltung zum Besuch des ehemaligen sowjetischen Zwangsarbeiters

Wladimir W. Trebuschnoj, Alma Ata/UdSSR

mit Dr. Henning Scherf, Bürgermeister

Pastor Wolf-Udo Smidt, Bremische Evangelische Kirche

Helmut Peters, VVN/Bund der Antifaschisten (1942 wachhabender Soldat des Zwangsarbeiterlagers "Admiral Brommy")

Wladimir W. Trebuschnoj wurde 1943 als Siebzehnjähriger von den Nazitruppen aus seiner ukrainischen Heimat nach Bremen verschleppt und kam hier in das Zwangsarbeiterlager "Admiral Brommy" am Fabrikenufer im Holz- und Fabrikenhafen. Eine Gruppe der Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden begegnete ihm 1987 in seinem jetzigen Wohnort Alma Ata im Gottesdienst der Evangeliumschristen-Baptisten. Diese Begegnung führte zur Einladung nach Bremen.
Mit Wladimir W. Trebuschnoj kommt zum ersten Mal ein ehemaliger sowjetischer Zwangsarbeiter, der in einem Bremer Lager war, aus der Sowjetunion in die Hansestadt. Mit ihm besuchen Bremen seine Frau Dina W. Trebuschnaja, die auch im faschistischen Deutschland Zwangsarbeiterin war, der Superintendent Viktor W. Gorjellow aus Alma Ata und Pastor Eugen Ruskij aus Moskau.

Veranstalter:

Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden

Deutsch-Sowjetische Gesellschaft Bremen-Unterweser e.V.

Christliche Friedenskonferenz, Arbeitskreis "Zwangsarbeit"

VVN/Bund der Antifaschisten Bremen

V.i.S.d.P.: Evangelische Kirchengemeinde Bremen-Oslebshausen